



HESSISCHER LANDTAG

04. 11. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der Freien Demokraten

Antisemitismus an Hessens Hochschulen entschieden entgegentreten – Solidarität mit den Betroffenen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die jüngsten antisemitischen Vorfälle an hessischen Hochschulen auf das Schärfste. Antisemitismus, gleich in welcher Form er auftritt, ist ein Angriff auf die Würde des Menschen, auf die Grundwerte unserer Demokratie und auf die Freiheit von Wissenschaft und Lehre. Der Landtag bekräftigt den Beschluss „Nie wieder ist Jetzt – kein Antisemitismus an hessischen Hochschulen“ (Drucksache 21/1125) und stellt klar: Antisemitismus darf in Hessen weder geduldet noch relativiert werden. Hochschulen müssen Orte der Freiheit, der Vernunft und des gegenseitigen Respekts bleiben.
2. Der Landtag erklärt seine uneingeschränkte Solidarität mit allen Betroffenen antisemitischer Anfeindungen, insbesondere mit den Mitgliedern der Hochschulen, die sich mutig gegen Judenhass, Hetze und Einschüchterung stellen. Unser besonderer Respekt gilt jenen, die Verantwortung übernehmen, Haltung zeigen und sich trotz Drohungen für Offenheit und Pluralität einsetzen. Der Landtag steht fest an der Seite des Präsidenten der Goethe-Universität Frankfurt und allen Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und Studierenden, die Ziel antisemitischer Attacken wurden. Wer Antisemitismus bekämpft, verteidigt die Grundlagen unserer offenen Gesellschaft.
3. Der Staat trägt die Verantwortung, Menschen vor Antisemitismus, Hass und Hetze zu schützen. Die hessischen Sicherheitsbehörden sind aufgefordert, antisemitische Straftaten konsequent zu verfolgen und Bedrohungen mit aller rechtsstaatlichen Härte zu begegnen. Hochschulleitungen sollen in enger Abstimmung mit Studierendenvertretungen, dem Wissenschaftsministerium und dem Landesbeauftragten für jüdisches Leben klare Meldewege, Schutzkonzepte und Präventionsstrategien gegen Antisemitismus etablieren. Wer andere einschüchtert oder bedroht, darf keinen Platz in akademischen Räumen haben.
4. Der Landtag bekennt sich ausdrücklich zu den vielfältigen Kooperationen hessischer Hochschulen mit israelischen Partnerinstitutionen. Diese Zusammenarbeit ist Ausdruck gemeinsamer Werte – Wissenschaftsfreiheit, Offenheit, Demokratie und gegenseitige Achtung. Hessen wird diese Verbindungen weiter stärken und zugleich klarstellen: Jeder Versuch, israelische Partner zu isolieren oder Boykottaufrufe an Hochschulen zu verbreiten, widerspricht dem Geist akademischer Freiheit und den Prinzipien des Völkerverständnisses.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:
 - a) gemeinsam mit den Hochschulen eine Bestandsaufnahme zu antisemitischen Vorfällen und den bestehenden Schutzmechanismen vorzulegen,
 - b) Präventions- und Aufklärungsprogramme auszubauen, insbesondere in Kooperation mit jüdischen Gemeinden und Bildungsinitiativen,
 - c) sicherzustellen, dass Hochschulen Schutzkonzepte entwickeln, die klare Zuständigkeiten und Interventionsabläufe enthalten,
 - d) eine regelmäßige Berichterstattung über Fortschritte und Herausforderungen im Kampf gegen Antisemitismus im Hochschulbereich vorzulegen.

Begründung:

Antisemitismus hat an Hessens Hochschulen ein besorgniserregendes Ausmaß erreicht. 2024 registrierte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS) 926 antisemitische Vorfälle, ein Anstieg um 75 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Besonders betroffen sind Bildungseinrichtungen: Die Zahl antisemitischer Vorfälle an Hochschulen stieg um 53 Prozent auf 178 Fälle. Diese Entwicklung zeigt, Antisemitismus ist längst kein Randphänomen mehr, sondern bedroht den Kern von Wissenschaftsfreiheit und demokratischer Kultur.

Die Goethe-Universität Frankfurt ist dabei in besonderer Weise betroffen. Ende Oktober 2025 kam es dort zu massiven Bedrohungen gegen den Universitätspräsidenten, nachdem er sich klar zur Zusammenarbeit mit israelischen Hochschulen bekannt hatte. Rund 100 Aktivisten der Gruppe Students4Palestine skandierten Parolen wie „Sch., Sch., you can’t hide, you’re supporting genocide“. Diese Einschüchterungsversuche sind inakzeptabel und stellen einen Angriff auf die Freiheit von Forschung und Lehre dar. Antisemitismus, Hass und Gewalt dürfen wir in Hessen nicht dulden.

Antisemitische Vorfälle an Hochschulen kommen heute aus unterschiedlichen politischen Milieus, von rechtsextremen bis hin zu antiisraelisch motivierten und linken Aktivistengruppen. Sie eint die Ablehnung Israels und jüdischen Lebens. Ihnen allen muss mit gleicher Entschlossenheit begegnet werden.

Die Hochschulen selbst haben reagiert. Bereits 2023 verabschiedeten alle hessischen Hochschulen eine gemeinsame Resolution gegen Antisemitismus, die klarstellt, dass wissenschaftliche Freiheit dort endet, wo Hass, Rassismus oder Menschenfeindlichkeit beginnen. Diese Ansätze verdienen politische Unterstützung und müssen flächendeckend ausgebaut werden. Hessen braucht nun verbindliche Strukturen, klare Meldewege, Schutzkonzepte, konsequente Strafverfolgung und Prävention in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen und der jüdischen Gemeinschaft.

Der Landtag setzt mit diesem Antrag ein deutliches Zeichen: Antisemitismus hat in Hessen keinen Platz – nicht in der Gesellschaft und erst recht nicht an unseren Hochschulen. Wer Hass verbreitet, muss mit Konsequenzen rechnen. Wer Haltung zeigt, verdient Rückhalt und Schutz.

Wiesbaden, 4. November 2025

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Matthias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas